

Göttingen

Maschmühlenweg 8-10

In Göttingen begannen die Planungen für ein Volkshaus vor dem Ersten Weltkrieg. Der politische Aufschwung von Gewerkschaften und SPD machte ein neues Versammlungslokal dringlich. Am bisherigen Versammlungslokal „Kaiserhalle“ störten zudem Name und der Mangel an Raum, Licht und Sonne. Die Diskussionen führten 1921 zur Gründung des Trägervereins *Solidarität e.V.*. Die ersten Sammlungen in der SPD und in den Gewerkschaften ergaben bis 1922 bereits 167.469 Reichsmark. Eine Aufteilung zwischen Gewerkschaften und SPD war in Göttingen wie auch anderenorts nicht möglich, denn die damaligen Beteiligten sahen die Anstrengungen für ein „Volkshaus“ stets als eine Gemeinschaftsaktion an. Mit dem gesammelten Geld wurde der renovierungsbedürftige „Bürgerpark“ im Maschmühlenweg erworben: außerhalb der Innenstadt, umgeben vom Schlachthof, dem Gaswerk und dem Güterbahnhof, jedoch auch vom Grün des Bartholomäus-Friedhofs und damals vorhandener großer Gärten.

Nach umfangreichen Umbauarbeiten, die am 11.9.1921 mit einer Eröffnungsfeier abgeschlossen wurden, konnte das „Volksheim“ bezogen werden. Sofort wurde mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen, damit die Gewerkschaften ausreichend Raum für ihre Sekretariate finden, ein zweiter Saal wurde gebaut und eine neue Küche für die Gaststätte. Sämtliche Arbeiten wurden von der neu gegründeten *Sozialen Bauhütte* ausgeführt, die auch den Anbau für Druckerei und Verlag des „Volksblattes“ übernahm. Als „Haus des Volksblattes“ wurde der Neubau 1924 eingeweiht. Dort befanden sich auch die Büros der SPD.

Mitte der 1920er Jahre hatte sich das „Volksheim“ zum zentralen Kommunikations- und Aktionszentrum der Göttinger Arbeiterbewegung entwickelt: In ihm hatten Organisationen der Arbeiterbewegung ihren Platz, die meisten politischen Versammlungen fanden in den Sälen und im Kaffeegarten statt, im Haus befand sich eine Arbeiterbibliothek, mit der Gaststätte und dem Kaffeegarten gab es einen allgemeinen Treffpunkt, wo Speisen und Getränke zu günstigen Preisen angeboten wurden.

Als die Weimarer Republik starb, wurde das „Volksheim“ mehrfach von der SA angegriffen und am 26.4.1933 erstmals von der SA besetzt. Zog sich die SA am 26. April noch einmal zurück, blieb sie nach der Besetzung am 2. Mai. Die Terroraktionen fanden am 5./6. Mai eine Fortsetzung, als im Keller des Volksheims SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre schwer misshandelt wurden.

Das „Volksheim“ wurde von der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO)“ übernommen, es erhielt den Namen „Haus der deutschen Arbeit“. Die Arbeiterbibliothek wurde am 10. Mai 1933 bei der Bücherverbrennung vernichtet, das seit dem 28. Februar nicht mehr erschienene „Volksblatt“ wurde verboten, Verlag und Druckerei wurden für die NS-Tageszeitung „Göttinger Nachrichten“ genutzt. Nachdem die Gaststätte 1940 hatte schließen müssen, wurde das Haus auch als Kriegsgefangenenlager genutzt. Im November 1944 zerstörte ein Bombenangriff das „Volksheim“; das „Haus des Volksblattes“ wurde schwer beschädigt.

Als in den Nachkriegsjahren die Wiedergutmachung für die nationalsozialistischen Enteignungen begann, verständigten sich die Nachfolger des Vereins *Solidarität e.V.* über die weitere Nutzung: Der Deutsche Gewerkschaftsbund verzichtete auf den Wiederaufbau des „Volksheims“, er verkaufte das Gelände an die Stadt Göttingen. Die SPD sanierte und nutzte das „Haus des Volksblattes“ für ihre bis 1946 von der Britischen Militärregierung lizenzierte *Göttinger Presse*, einem Kopfblatt der *Hannoverschen Presse*. Die SPD konnte erst 1958 in das Haus einziehen, so lange zogen sich die Umsetzungen der Mieter und die Sanierungsarbeiten hin. 1958 verkaufte der DGB seine Anteile an die sozialdemokratische *Göttinger Druckerei- und Verlagsgesellschaft*, die infolge der Sanierung der SPD-Unternehmen 1983 das Haus an die *Madsack-Gruppe* verkaufte. Obwohl die Bundes-SPD der *Madsack-Gruppe* ein Kaufangebot unterbreitete, verkaufte die *Madsack-Gruppe* an einen Dritten. Da sich mit dem neuen Eigentümer keine vertretbare Lösung finden ließ, entschließt sich die SPD im Jahr 2000 zum Auszug und zum Erwerb eines neuen Parteihauses.